

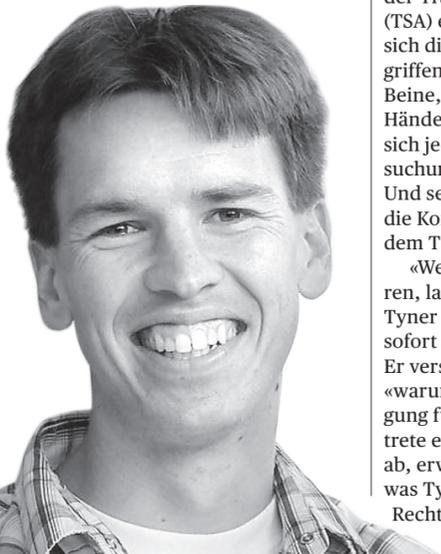
Analyse

John Tyner Der Amerikaner wollte sich am Flughafen nicht durchsuchen lassen - und wurde zum Volkshelden. Von Martin Kilian

Rebell gegen den Körperscanner

Eigentlich wollte John Tyner am vergangenen Samstag mit seinem Vater zur Fasanenjagd nach South Dakota fliegen. Daraus wurde nichts. Stattdessen erlangte Tyner, ein 31-jähriger Programmierer aus Oceanside nahe San Diego, Kultstatus. Denn John Tyner verkörpert zum richtigen Zeitpunkt den wachsenden Unmut der Amerikaner über die zusehends wahnwitzigen Sicherheitsvorkehrungen auf amerikanischen Flughäfen und sprach dem Volk aus der wütenden Seele.

Zuerst weigerte sich Tyner, dieser Rebell wider Willen, auf dem Flughafen in San Diego durch einen der neu installierten Ganzkörperscanner zu marschieren. Das sei eine «Verletzung der Privatsphäre», motzte er. Immerhin durchleuchten die Maschinen die Passagiere derart, dass auf den Bildschirmen des Sicherheitspersonals sämtliche Genitalien abgebildet werden.



Wer ablehnt, sich röntgen zu lassen, wird seit Oktober vom Wachpersonal der Transport Security Administration (TSA) eingehend durchsucht, wobei sich die Klagen bereits häuften: Krude griffen die Wächter zwischen die Beine, nichts sei vor ihren begierigen Händen sicher. John Tyner weigerte sich jedenfalls, eine verschärfte Durchsuchung über sich ergehen zu lassen. Und sein eingeschaltetes Handy nahm die Konversation zwischen ihm und dem TSA-Personal auf.

«Wenn Sie meinen Krepel berühren, lasse ich Sie festnehmen», warnte Tyner den TSA-Mann, worauf dieser sofort seine Vorgesetzten einschaltete. Er verstehe nicht, so Tyner erbost, «warum sexuelle Nötigung eine Bedingung für meinen Flug ist». Wer fliege, trete eben gewisse Rechte an den Staat ab, erwiderte ein TSA-Mann daraufhin, was Tyner zurückwies: «Ich habe kein Recht an den Staat abzutreten, der

Staat hat mir nach 9/11 meine Rechte genommen.»

Prompt wurde dem renitenten Programmierer der Flug verweigert, man eskortierte ihn aus dem Sicherheitsbereich zurück in die Abfertigungshalle. Zu Hause lud Tyner den aufgenommenen Dialog auf Youtube und auf seinen Blog - und wurde damit zu einer Sensation. Zehntausende Amerikaner hörten zu - und schlugen sich auf John Tyners Seite.

Sei es aus Prüderie oder tatsächlicher Angst vor staatlichen Angriffen auf die Privatsphäre: Die Entblössungen und Entwürdigungen beim Fliegen haben eine Protestbewegung geboren, die kommende Woche am Tag vor Thanksgiving, dem wichtigsten amerikanischen Reisedatum, die Flughäfen ins Chaos stürzen will: Passagiere sollen die Fullbody-Durchleuchtung ablehnen und somit das TSA-Personal zum zeitraubenden Grapschen zwin-

gen. Männern wird überdies das Tragen eines Kilts auf herkömmliche schottische Weise - also ohne Unterhosen! - empfohlen, um die Sicherheitsmaschinerie in Verlegenheit und damit ins Schleudern zu bringen.

John Tyner freilich muss nun mit Konsequenzen für seine Verweigerungshaltung rechnen. Zwar erstattete ihm die Fluggesellschaft die Kosten für das Ticket, doch kündigte die TSA an, man werde gegen ihn ermitteln und möglicherweise eine Geldstrafe von über 10 000 Dollar verhängen.

Seine zahlreichen neuen Fans würden ihm die Summe gewiss schenken. Tyner drängt es indes nicht ins Rampenlicht. «Ich bin mir nicht sicher, ob ich die richtige Person bin, um eine Volksbewegung zu starten», sagte er. Für derlei vornehme Zurückhaltung dürfte es zu spät sein. Fast jeder kennt inzwischen die Story von John Tyner und seinem «Krepel».

Ausschaffungsinitiative Die USA schaffen kriminelle Ausländer schon heute automatisch aus. Wie hat sich das Gesetz bewährt? Von Lorenz Langer *

Es trifft primär Ungefährliche

Sehen die Befürworter der Ausschaffungsinitiative die Schweiz als Einwanderungsland mit einer hohen Kriminalitätsrate? Immerhin fordern sie eine Regelung, die in weiten Teilen US-amerikanischen Gesetzen entspricht. Ein Ausländer muss heute wegen einer Vielzahl von Delikten aus den USA ausgewiesen werden, so beispielsweise bei «schweren Verbrechen», «moralisch verwerflichen Straftaten», Drogen- und Sexualdelikten, Steuerhinterziehung, aber auch im Falle von Administrativvergehen wie der unterlassenen Meldung einer Adressänderung. Eine Rückkehr ist in der Regel frühestens nach fünf Jahren möglich.

Das amerikanische Ausschaffungsrecht wurde über die Jahre hinweg verschärft. Der Tatbestand der «moralischen Verwerflichkeit» wurde bereits 1917 eingeführt; 1988 wurde die Kategorie der «schweren Verbrechen» geschaffen, unter die nach einer Revision 1996 auch zahlreiche weniger schwere Vergehen wie Diebstahl fallen, sofern sie mit einer Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr geahndet wurden. Die Schwelle bei Drogendelikten wurde ebenfalls gesenkt: Gegenwärtig ist allein der einmalige Besitz von weniger als 30 Gramm Marihuana zum Eigenkonsum kein Ausschaffungsdelikt.

Bei der Diskussion um eine strengere Regelung wiesen Politiker 1996 auf den hohen Ausländeranteil bei Straftaten hin und beklagten, dass Amerikaner nicht mehr sicher seien. Kritisiert wurde auch, dass Richter zu wenig konsequent Ausweisungen verfügten; das richterliche Ermessen in Ausschaffungssachen wurde deshalb fast ganz eliminiert. Heute ist die Deportation weitgehend automatische Rechtsfolge bei vielen Delikten; im Falle eines «schweren Verbrechens» hilft nur eine Begnadigung durch den Präsidenten oder einen Gouverneur.

Wie bewährt sich diese Regelung in der Praxis? Seit 1996 hat sich die Zahl der wegen Straffälligkeit ausgeschafften Ausländer fast jedes Jahr verdoppelt. Die Einwanderungsbehörde sucht aktiv auch nach ausländischen Kleinkriminellen, mit enormem finanziellem und administrativem Aufwand. Doch wird zunehmend kritisiert, dass die strenge Regelung primär jene trifft, die für die Gesellschaft keine erhebliche Gefahr darstellen. Härtefälle - Familienväter, in den USA aufgewachsene Jugendliche ohne jegliche Bindung zur «Heimat» - führen die Unzulänglichkeit der



unterschiedslosen Ausschaffung vor Augen und werden in den Medien zunehmend thematisiert. Bisweilen erfolgt die Deportation Jahrzehnte nach Verbüßung einer Haftstrafe, etwa wenn die Betroffenen ihre Straftaten im Rahmen eines Einbürgerungsverfahrens offenlegen.

Inwiefern ist die amerikanische Regelung für die Schweiz relevant? Zuerst fällt auf, dass Politiker beidseits des Atlantiks strenge Ausschaffungskriterien mit identischen Argumenten propagieren, obwohl die Situation der USA und der Schweiz grundsätzlich verschieden ist. Die USA sind immer noch ein Einwanderungsland, und die Kriminalitätsraten in den USA liegen deutlich höher.

Stossende Einzelfälle

Insbesondere aber zeigt das Beispiel USA, dass die in der Schweiz heute hypothetisch diskutierten stossenden Einzelfälle bei einer Annahme der Ausschaffungsinitiative unvermeidbar sind. Je nach Situation der Delinquenten - wenn sie hier geboren, aufgewachsen oder verwurzelt sind - trifft die Ausschaffung sie unterschiedlich. Man mag einwenden, dass das Gesetz nicht allen gerecht werden kann. Aber sind nicht alle Rechtsfälle Einzelfälle,

und ist die Qualität eines Gesetzes nicht an den praktischen Folgen zu messen?

Bereits 1926 kritisierte der amerikanische Richter Learned Hand, dass in bestimmten Fällen die Deportation einem Exil gleichkäme - «einer furchtbaren Strafe, die die zivilisierten Völker abgeschafft haben». Seither haben sich die Verhältnisse in den USA verändert - und vermutlich würde auch in der Schweiz aus politischer Opportunität ein einmal geschaffener Tatbestand für Ausschaffungen sukzessive erweitert. Irgendwann würde dann auch hier wiederholtes Schwarzfahren als «moralisch verwerflich» gelten und zur Ausschaffung führen.

Die Rechtstradition der USA hat mit ihrer Hochachtung für die Verfassung viel Nachahmenswertes. Aber das Ausländerrecht der USA ist weder für seine Effektivität bekannt, wie vielleicht auch Schweizer Touristen erfahren haben. Wollen wir es uns wirklich zum Vorbild für unseren Umgang mit Ausländern nehmen?

* Lorenz Langer doktriniert an der Uni Zürich in Völkerrecht. 2009-2010 forschte er an der Yale-Universität in den USA.

Angela Merkel Einst stand die Kanzlerin für Reformen, dann für soziale Wärme, jetzt für alte Werte. Lässt sich so regieren? Von David Nauer

Vorhang auf für Angela III.

Angela Merkel hat sich neu erfunden. Wieder einmal. Deutschland lernt eben Angela III. kennen. Ihr bisher wichtigster Auftritt: die Rede am CDU-Parteitag von Anfang Woche. Die Frau, der sie einst Schwäche und Beliebigkeit vorwarfen, zeigte Ecken und Kanten. Sie redet über den christlichen Glauben, über Mütter, die ihre Kinder zu Hause erziehen, lobt Papst und Konservatismus. Heftige Attacken bekommt die Opposition ab. Diese mache nur «Mist», lästert Merkel. Vor allem auf die Grünen hat sie es abgesehen. Ihnen wirft sie vor, gegen alles und jedes zu sein.

Die Christdemokraten sind seit diesem Auftritt von ihrer Chefin begeistert. Endlich erhält die schwarze Seele, wonach sie lechzt: Orientierung, alte Werte, Härte gegen den Gegner. Wer jedoch von aussen auf das Spektakel schaut, reibt sich die Augen. Noch vor einem Jahr hatte Merkel, am Abend ihres Wahlsieges, einen Schmusekurs angedeutet und verkündet, sie wolle die «Kanzlerin aller Deutschen» sein. Vier Jahre Grosse Koalition lagen da hinter ihr. Elterngeld, Klimaschutz und staatliche Konjunkturprogramme waren die Themen, die sich mit dieser Angela II. verbanden. Sie galt als die beste Sozialdemokratin der CDU. Angeblich wollte sie sogar insgeheim mit der SPD weiterregieren, es habe ihr so gefallen. Nur der Partei zuliebe paktierte sie schliesslich mit der FDP. Und heute? An ihrer Rede in Karlsruhe betrieb die Kanzlerin eifrig Lagerwahlkampf, bezeichnete die Liberalen als einzige akzeptable Bündnispartner. Schwarz-Grün oder eine Wiederauflage der Grossen Koalition seien dagegen «Hirngespinnste».

Physikerin der Macht

Wer sich an noch früher erinnert, der erinnert sich sogar an Angela I. Stichwort: Parteitag in Leipzig 2003. Damals wollte Merkel die Republik umbauen, das Sozialsystem auf den Kopf stellen, das Gesundheitssystem ebenfalls. Nur: Die wirtschaftsliberale Agenda gefiel den Wählern nicht. Die CDU spürte das an der Urne. Aus Angela I. wurde schnell Angela II.

Wie erklärt sich diese enorme Wandlungsfähigkeit der Kanzlerin? Geht es ihr nur um die Macht? Verbiegt sie sich ihr entgegen bis zur Unkenntlichkeit? Solche Ansätze greifen zu

kurz. Es gibt das Bild von Angela Merkel als «Physikerin der Macht». Es ist nicht neu, aber trotzdem zutreffend. Merkel, sagt man, denkt die Dinge gerne von ihrem Ende her, von der Lösung. Sie schaut auf die Welt und erkennt Probleme: Die Wirtschaft stottert, die Menschen haben Angst um ihre Renten, im Gesundheitswesen fehlt das Geld. Oder: Die CDU ist unzufrieden, in Baden-Württemberg droht eine Wahlniederlage. Also macht sich Merkel an die Arbeit, wobei sie kaum, vielleicht gar keine ideologischen Prämissen mit sich herumträgt. Was zählt, ist die Lösung. Politik ist wie eine grosse Gleichung mit vielen Unbekannten. Je nachdem, was man für Inhalte einsetzt, kommt das eine oder andere Resultat heraus.

Hauruck mit Risiken

Allen Unkenrufen zum Trotz ist Merkel damit bisher gut gefahren. Sie ist seit 10 Jahren CDU-Chefin, seit fünf Jahren Kanzlerin. Wer die Delegierten am Parteitag gesehen hat, der weiss, dass in der CDU das merkelsche Gesetz noch immer funktioniert.

In der Regierung aber ist die Lage verzwickter. Hier hat Merkel weniger Einfluss auf die Unbekannten in der grossen Gleichung. Sie ist auf die Koalitionspartner FDP und CSU angewiesen - beide angesichts schlechter Umfragewerte tief verunsichert. Der neue konservative und entschlossene Stil sorgt zudem für eine Polarisierung der Gesellschaft. Was dem Parteivolk gefällt, erzürnt viele andere Bürger.

Beispiel: «Stuttgart 21». Merkel setzt sich ohne Wenn und Aber für das Bahnprojekts ein. Damit will sie Stärke signalisieren, bringt jedoch die ansonsten CDU-freundlichen Schwaben gegen sich auf. Beispiel: Atompolitik. Die längeren Laufzeiten für Atomkraftwerke haben den politischen Gegner geweckt. Die Grünen legen in den Umfragen massiv zu.

Der Hauruckkurs von Angela III. ist voller Risiken - und bisher wenig erfolgreich. Wären am kommenden Sonntag Bundestagswahlen, könnte Rot-Grün in Berlin das Steuer übernehmen. Deutschland würde dann Angela IV. kennen lernen, eine freundliche Politpensionärin, die vermutlich an ihren Memoiren schriebe.